



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

17 VIII/153 - 4.7.1953

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039890

Vier Jahre Bundestag	S. 1
Paris ehrt Berliner Opfer	S. 3
Streit um das Wohnbaugesetz	S. 4

Erster Bundestag am Ende

F.R. Die Abgeordneten des Bundestages sahen in den letzten Tagen durch die Glaswände des Sitzungssaales, wie Erde ausgehoben wurde für den vorgesehenen Erweiterungsbau eines neuen Parlamentes, von dem sehr viele nicht wissen, ob sie ihm angehören werden, ein beklemmender Anblick. Unter dem ständigen Heulen der Sirenen zu den letzten namentlichen Abstimmungen dieser Legislaturperiode, dem Stampfen der Pressluftschlämmer und dem polternden Greifen der Bagger auf dem Baugelände unmittelbar neben ihren Plätzen wurden sie an den Vergänglichkeit ihres parlamentarischen Daseins erinnert. Dazu schuf eine Fülle von Stoff, der noch in letzter Stunde erledigt sein wollte, eine Atmosphäre nervöser Gereiztheit. Die Gedanken waren währenddessen meist schon im Wahlkampf.

Vier Jahre lang war der Erste Bundestag an der Arbeit. Man kann sie nicht in wenigen Zeilen würdigen, aber einige Erkenntnisse drängen sich geradezu auf. Der Bundestag hat wirklich anstrengend gearbeitet, das Fleissprädikat macht ihm niemand streitig. Eine grosse Zahl tüchtiger Männer in den besten Jahren wurde mitten aus der Arbeit abberufen, der sie einfach nicht mehr gewachsen waren. Der Andrang der zu bewältigenden gesetzgeberischen Materie ergab sich zwangsläufig daraus, dass man ganz von vorne anfangen musste.

Aber entspricht der Erfolg dem Aufwand an Arbeit? Viele

sagen Ja und verweisen stolz auf das Geleistete. Die Zahl der erlassenen Gesetze stellt gewiss einen Rekord in der Arbeit aller Parlamente dar. Und doch, steht - politisch gesehen - die Qualität im rechten Verhältnis zur Quantität?

Hier kommt man auf ein Kernproblem: Der Bundestag ist, soweit es sich um die Regierungsparteien handelt, im Laufe der vier Jahre in eine immer stärkere Abhängigkeit von der Regierung geraten, wie dieser die Person des Kanzlers den Stempel aufdrückte. Gewisse Erfahrungen des Weimarer Staates hatten die Schöpfer des Grundgesetzes veranlasst, die Stellung des Regierungschefs und damit der ganzen Regierung gegenüber dem Parlament sehr zu stärken. Aber das hat auch dazu geführt, dass das Parlament in dem Teil, auf den sich die Regierung stützt, immer mehr an eigenem Willen und an Selbständigkeit aufgab und zum mehr oder weniger willenslosen Werkzeug in der Hand der Regierung wurde, der es selbst Auftrag und Richtung hätte geben müssen. Ein Übermass an "direkter Demokratie" kann - Frankreich ist nur ein Beweis dafür - schädlich und gefährlich sein. Ein allzu grosser Mangel daran ist es aber gerade in einem autoritätsanfälligen Lande wie Deutschland vielleicht noch mehr.

Und da diese Regierung nach ihrer inneren Konstitution und ihrem geistigen Habitus jedem Bemühen um eine durchgreifende Neuordnung des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Gefüges fremd und ablehnend gegenübersteht, haben sich auch die Parteien der knappen Mehrheit daran gehalten, obwohl es viele Abgeordnete auch aus ihrem Kreis gab, denen höchst unbehaglich dabei zumute war. Die grosse Finanz- und Steuerreform kam, um nur einige wenige Beispiele zu nennen, ebenso wenig zustande, wie ein gründlicher Sozialplan und auch der Gedanke einer planvollen Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit blieb ein Gedanke. Denn alle diese Dinge hätten eine radikale Umkehr der Regierung und ihrer Parteien von ihrer Politik erfordert, an die auf dieser Seite niemand dachte oder dankt.

Besonders bedauerlich war, dass am Ende der Legislaturperiode die stärkste Regierungspartei, die CDU-CSU, und die DP den Versuch machten, sich selbst durch ein entsprechend manipuliertes Wahlrecht über den grossen Graben der ungewissen nächsten zwei Monate in eine gesicherte Zukunft zu retten. Diese offensichtlich, grobe Missachtung einfachster Anstandsgesetze der Demokratie hat im Volke einen sehr schlechten Eindruck gemacht. Dass der Versuch misslang, bleibt das Verdienst vor allem der sozialdemokratischen Opposition, der sich in diesem Falle die FDP anschloss.

Diese Opposition hat unermüdlich nicht nur für die Durchsetzung ihrer praktischen Ziele gekämpft, sondern vor allem auch für die Demokratisierung des politischen Lebens. Was den ersten Teil des Kampfes anlangt, so war sie wegen ihrer ziffernmässigen Unterlegenheit in den wenigsten Fällen erfolgreich. In vielen anderen hat sie böse Auswüchse der Gesetzgebungsarbeit ihrer innerpolitischen Gegner verhindern, in wieder anderen erst durch ihren Impuls eine leidliche Regelung erreichen können. Darüber wird in den kommenden Wochen noch manches zu sagen sein.

Es ist zu hoffen, dass in den Erweiterungsbau, der in den kommenden Wochen errichtet werden soll, eine Volksvertretung einzieht, die die Unerlässlichkeit einer selbständigen und selbstbewussten Haltung gegenüber der Bürokratie besser begreift und handhabt, als es bei der Mehrheit des Bundestages der Fall war, der nun seine Arbeit beendet hat

Eine Pariser Kundgebung für Berlin

G.S.Paris, Anfang Juli

Die grosse französische Tageszeitung "Le Monde", die alle Nachrichten aus Deutschland mit äusserster Skepsis aufnimmt und viel dazu beigetragen hat, das SED-Regime zu idealisieren, schrieb in ihrer Ausgabe vom 30. Juni: "Die Haltung der deutschen Arbeiter bei den kürzlichen Aufständen in Berlin hat mehr dazu beigetragen, Deutschland wieder seinen Rang zu verleihen als alle politischen "Finasserien" der Regierenden in West- und Mitteldeutschland. Welches auch die Beweggründe und die Umstände seien, in denen er sich befindet: ein Mann, der imstande ist, mit nackten Händen gegen die Panzer einer Besatzungsmacht vorzugehen - selbst wenn aus diesen Panzern nicht geschossen wird, ist ein freier Mensch. Er hat die schlimmste der Tyrannoien besiegt: die der Furcht."

Das mögen jene 5.000 Arbeiter gedacht haben, die an der denkwürdigen Kundgebung teilnahmen, die am 30. Juni in Paris zum Zeichen der Solidarität für die Arbeiter in Ostberlin und der Sowjetzone stattfand. Denkwürdig aus einem besonderen Grunde: zum ersten Mal seit langer Zeit hatten sich auf Initiative der Sozialistischen Partei Organisationen zu einer gemeinsamen Kundgebung vereinigt, die man sonst kaum gemeinsam bei einer Handlung oder Kundgebung zu finden pflegt: die freigewerkschaftliche Organisation "Force Ouvriere" der christliche Gewerkschaftsverband, zahlreiche linksradikale, nichtstalinistische Organisationen und Verbände, sowie hervorragende Vertreter der französischen Intelligenz waren erschienen, um ihre Solidarität zu bekunden. Der berühmte französische Schriftsteller Albert Camus, der Verfasser der "Pest", der die Kundgebung leitete, erklärte: "Wenn wir nicht hier wären, so wäre niemand hier; die deutschen Arbeiter müssten sich von jenen verraten fühlen, von denen sie eine Geste der Solidarität erhoffen durften. Es darf nicht gesagt werden: "Sie haben sie hingemordet, und ihr habt sie in aller Eile beerdigt."

Bedeutsame Kundgebung aus einem weiteren Grunde: zum ersten Mal nach dem Kriege spürte man in dem grossen Saal der "Mutualité"

ein echtes Gefühl der Solidarität mit Deutschen, mit deutschen Arbeitern, die besonders eindrücklich zum Ausdruck kam, als drei Berliner Arbeiter, die sich in Kundgebungshalle befanden, mit einer nicht endenwollenden Ovation und einer spontan gesungenen "Internationale" empfangen wurden.

Die Tat der Berliner und mitteldeutschen Arbeiter hat - abgesehen von den Auswirkungen, die sie für Deutschland selbst und vielleicht für die Satellitenländer haben wird - in hohem Masse dazu beigetragen, in Frankreich eine neue Atmosphäre gegenüber Deutschland zu schaffen. Die Pariser Kundgebung war eines der Anzeichen dafür. Die Verlegenheit der hiesigen kommunistischen Presse bestätigt diese Feststellung. Selbst die ausgekochten Bürokraten der Kommunistischen Partei hatten wirkliche Mühe, ihren Lesern beizubringen, dass in Berlin und Mitteldeutschland "faschistische Agenten" am Werke waren. Das Zentralorgan der Kommunistischen Partei Frankreichs, die "Humanité", hat bereits den Versuch aufgegeben, diese Version zu verbreiten.

+ + +

Am Schluss beschlussunfähig

(sp) Die letzte Sitzung des Bundestages habe, so konnte man am Sonnabend lesen und hören, mit einem Missklang geendet. Und der Bundestagspräsident hatte es für richtig gehalten, in sein Schlusswort an den auseinandergelassenen Bundestag die Bemerkung einzuflechten, er wünschte nur "dass der Beginn der Arbeit des zweiten Bundestages im veränderten Saal erfreulicher sein möge, als das Ende heute in diesem Saal."

Diese Bewertung geht am Sachverhalt vorbei. Anlass für den Vorgang war die Tatsache, dass die SPD-Fraktion, um ein ihr unsozial erscheinendes Gesetz (genauer die Novelle zu einem Gesetz über den Wohnungsbau) zu Fall zu bringen, das völlig geschäftsordnungsmässige Mittel der Anzweiflung der Beschlussfähigkeit des Hauses benutzte. Wenn die Regierungsparteien schon die Mehrheit haben, dann sollten sie auch bei einer Sache, die ihnen wichtig genug erscheint, ausreichend stark im Sitzungssaal vertreten sein, schliesslich ist es nicht Sache der Opposition, in solchen Fällen dafür zu sorgen, dass das Haus beschlussfähig ist. Besonders bemerkenswert war es deshalb, dass nach dem Wiederzusammentritt des Plenums die Beschlussunfähigkeit

erneut festgestellt wurde, und dass diesmal die Regierungsparteien sogar noch mit zehn Stimmen weniger vertreten war als das erstemal...

In der Sache ging es um eine Änderung des ersten Wohnungsbaugesetzes, durch die öffentliche Mittel auch privaten Bauherren im Rahmen des sogenannten gehobenen Wohnungsbaues zuerteilt werden können, mit der weiteren Massnahme einer "selbstverantwortlichen" Mietfestsetzung durch den Bauherrn, die bis zu 1,63 M pro qm gehen kann, was einer Steigerung von rund 50 Prozent gegenüber dem jetzigen Durchschnitt entspricht.

Das aber ist eine klare und ungerechtfertigte Bevorzugung, der immerhin einigermaßen kapitalkräftigen Bauwilligen gegenüber den wirklichen bedürftigen und armen Schichten, die nur Mieten von 60-65 M im Monat aufbringen können. Dass die SPD-Fraktion dagegen mit jedem erlaubten Mittel vorging, war selbstverständlich und entsprach nur ihrem Auftrag, den sie von ihren Wählern hat.

+ - + +

Emma SCHULZE 60 Jahre alt

Am 7. Juli feiert die stellvertretende Geschäftsführerin des Hauptausschusses für Arbeiterwohlfahrt in Bonn, Emma SCHULZE, ihren 60. Geburtstag. In Dresden geboren, machte sie ihr Lehrerinnen-Examen als wissenschaftliche Lehrerin und wurde später nach dem Besuch der sozialen Frauenschule und der Universität Wohlfahrtspflegerin. Als sie 1923 als Leiterin des Wohlfahrtsamtes nach Bunzlau kam, war sie recht bald als die "rote Schulze" bekannt, wegen ihrer aufrechten sozialistischen Haltung.

Sie war in dieser Zeit auch die Initiatorin einer Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Sozialpolitiker und Wohlfahrtspfleger, die während vieler Jahre lang regelmässig zusammen kamen. Von 1931 bis 1933 war sie als Frauenreferentin beim Oberpräsidium in Königsberg tätig.

Es war selbstverständlich, dass sie zu jenen gehörte, die unter den Nazis aus ihrer Beamtentätigkeit entlassen wurden. Da sie Schlesien als ihre zweite Heimat betrachtete, zog sie sich während der Nazizeit immer wieder, wenn es gar zu brenzlich wurde, in ihr "Häusl" im Isergebirge zurück, das für viele Menschen aus der Arbeiterbewegung in diesen dunklen Jahren ein beliebter Treffpunkt wurde.

Als die Austreibung aus Schlesien begann, musste auch Emma Schulze den Zug nach Westen antreten. 1947 wurde sie von Lotte Lemke in den Hauptausschuss für Arbeiterwohlfahrt geholt. Zusammen mit Lotte Lemke hat sie wesentlich dazu beigetragen, die Arbeiterwohlfahrt wieder aufzubauen und ihr einen guten Namen in Fachkreisen zu verschaffen. Ihre hervorragenden Sachkenntnisse insbesondere auf dem Gebiet der Sozialpädagogik sind national und international anerkannt.

Trotz ihres ungewöhnlichen Fachwissens ist sie niemals dem geistigen Hochmut so mancher "Experten" verfallen, sondern immer ein ganz einfacher, hilfsbereiter, lebenswürdiger und lebenswerter Mensch geblieben. Aus diesem Grunde werden am 7. Juli viele Menschen aus der Arbeiterbewegung und aus der Arbeiterwohlfahrt mit ganz besonderer Herzlichkeit an Emma Schulze denken.

H.G.